

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 03 | 19.01.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 8/2018](#)

Geschäftsverteilung der Volksanwaltschaft, ihrer Kommissionen und des Menschenrechtsbeirates (**GeV der VA 2018**)

[BGBl II 10/2018](#)

Kundmachung des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz gemäß **§ 16 Abs. 6 des Mietrechtsgesetzes**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 9 v 12.01.2018, 1](#)

Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2017/30 des Berichtigungshaushaltsplans Nr 5 der Europäischen Union für das **Haushaltsjahr 2017**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

22.11.2017, [Ro 2017/03/0026](#)

WaffenG; durch die Ausstellung eines Waffenpasses bewilligt die Behörde den Erwerb, Besitz und das Führen von **Schusswaffen**; durch die Ausstellung einer Waffenbesitzkarte deren Erwerb und Besitz; ein Berechtigter darf grundsätzlich zwei Schusswaffen besitzen; die Anzahl ist im Waffenpass und in der Waffenbesitzkarte festzusetzen; nach § 23 Abs 2b WaffenG

kann ein Inhaber einer Waffenbesitzkarte für die Ausübung des Schießsports – wenn sonstige Voraussetzungen erfüllt sind – beantragen, mehr Schusswaffen besitzen zu dürfen; insgesamt darf eine Person nach dieser Bestimmung jedoch nicht mehr als fünf Schusswaffen besitzen; beim **Berechtigungsumfang** ist sowohl der Waffenpass als auch die (erweiterte) Waffenbesitzkarte zu berücksichtigen; § 23 Abs 2b leg cit bietet keine Grundlage dafür, eine Berechtigung zum Besitz von mehr als fünf Schusswaffen zu erteilen

23.11.2017, [Ra 2017/11/0243](#)

ArbeitszeitG; nach § 26 Abs 1 ArbeitszeitG hat ein Arbeitgeber die geleisteten **Arbeitsstunden aufzuzeichnen**; ggst wurden die Arbeitszeiten mittels eines **Stechuhr-Kontrollsystems** aufgezeichnet; damit war den gesetzlichen Anforderungen entsprochen, die auf das mängelfreie Führen von Aufzeichnungen über faktische Arbeitszeiten abstellen; um die Einhaltung der Bestimmungen des ArbeitszeitG kontrollieren zu können, kommt es zunächst ausschließlich auf die gestempelten Zeitpunkte des Arbeitsbeginns und -endes an; dass zusätzlich Aufzeichnungen über die vom Arbeitgeber „anerkannten“ Arbeitszeiten geführt werden, schreibt das Gesetz hingegen nicht vor; scheinen solche Daten zusätzlich zu den Stechuhraufzeichnungen auf, können sie in anderen Verfahren von Bedeutung sein

12.12.2017, [Ra 2016/05/0068](#)

BauO für Wien; unter einem **Umbau** gem § 60 Abs 1 lit a BauO für Wien sind jene Änderungen des Gebäudes zu verstehen, durch welche die Raumeinteilung oder die Raumwidmungen so geändert werden, dass nach Durchführung der Änderungen das Gebäude als ein anderes anzusehen ist; die Änderung der Widmung eines Gebäudes von einer Beherbergungsstätte bzw einem Heim iSd § 121 Abs 1 leg cit in ein Wohngebäude iSd § 119 Abs 1 leg cit ist als Umbau zu beurteilen

15.12.2017, [Ra 2017/11/0093](#)

RL 96/71/EG; Vorlage von **Vorabentscheidungsfragen** an den EuGH betreffend die Auslegung der Entsende-RL 96/71/EG; dadurch soll einerseits geklärt werden, ob das grenzüberschreitend arbeitende (Service)Personal in Zügen überhaupt von den Schutzbestimmungen der Entsende-RL erfasst ist und ob andererseits einzelne Verpflichtungen des Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsG über die RL hinausgehen und mit der Dienstleistungsfreiheit vereinbar sind

19.12.2017, [Ra 2017/08/0098](#)

ZahnärzteG; **GewO**; nach § 148a GewO sind Zahntechniker mit Zahntechnikermeisterprüfung berechtigt, im Einzelfall im Auftrag des Zahnarztes im Rahmen der Herstellung, der Reparatur oder der Eingliederung eines abnehmbaren Zahnersatzes Abformungen und notwendige Bissnahmen im Mund des Menschen vorzunehmen und die notwendigen An- und Einpassungsarbeiten an diesem Zahnersatz durchzuführen; nach § 24 Abs 3 letzter Satz ZahnärzteG kann die zahnärztliche Aufsicht entfallen, wenn die Regelungen der entsprechenden Gesundheitsberufe bei der **Durchführung übertragener zahnärztlicher Tätigkeiten** keine **zahnärztliche Aufsicht** vorsehen; § 148a GewO sieht einen Entfall der zahnärztlichen Aufsicht nicht vor; die bloße Anwesenheit des Mitbeteiligten „in einem anderen Raum“ der Geschäftsräumlichkeiten des Zahntechnikers ist – jedenfalls ohne unmittelbar vorangehende Untersuchung des betreffenden Patienten durch den Zahnarzt, ohne im Einzelfall erfolgte zahnärztliche Anordnung der zu delegierenden Tätigkeiten oder bei Durchführung der delegierten Tätigkeiten am Patienten außerhalb der Sicht- oder Hörweite des Zahnarztes – keine zahnärztliche Aufsicht iSd § 24 Abs 3 ZahnärzteG

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 12.01.2018, [LVwG-850857](#)

GewO; keine Bedenken gegen eine **behördlich verfügte Schließung eines Gastgewerbebetriebs**, wenn der Bf das Gewerbe im Inland nicht nur vorübergehend, sondern auf Dauer ausgeübt hat und zudem auch in seinem Heimatstaat nicht über eine zur Ausübung dieses Gewerbes erforderliche Berechtigung verfügt

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[16.01.2018, Rs C-240/17, E](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Drittstaatsangehöriger, der sich illegal im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufhält – Gefahr für die öffentliche Ordnung und die nationale Sicherheit – Richtlinie 2008/115/EG – Art 6 Abs 2 – **Rückkehrentscheidung** – Verbot der Einreise in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten – Ausschreibung zur **Verweigerung der Einreise** in den Schengen-Raum – **Drittstaatsangehöriger**, der über einen von einem anderen Mitgliedstaat erteilten gültigen **Aufenthalts-titel** verfügt – Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von **Schengen** – Art 25 Abs 2 – Konsultationsverfahren zwischen dem ausschreibenden Mitgliedstaat und dem Mitgliedstaat, der den Aufenthaltstitel erteilt hat – Frist – Keine Stellungnahme des konsultierten Vertragsstaats – Folgen für die Vollziehung der Rückkehrentscheidung und des Einreiseverbots

[17.01.2011, Rs C-363/16, Kommission / Griechenland](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Staatliche Beihilfen** – Für rechtswidrig und mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärte Beihilfe – **Rückforderungspflicht** – Art 108 Abs 2 Unterabs 2 AEUV – Verordnung (EG) Nr 659/1999 – Art 14 Abs 3 – Für zahlungsunfähig erklärte begünstigte Gesellschaft – **Insolvenzverfahren** – Eintragung der Forderungen in die Gläubiger-tabelle – Einstellung der Tätigkeiten – Aussetzung des Insolvenzverfahrens zur Prüfung der Möglichkeit der Wiederaufnahme der Tätigkeiten – **Informationspflicht** – Nichterfüllung

[17.01.2018, Rs C-676/16, CORPORATE COMPANIES](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zweck der **Geldwäsche** und der **Terrorismusfinanzierung** – Richtlinie 2005/60/EG – Geltungsbereich – Art 2 Abs 1 Nr 3 Buchst c und Art 3 Nr 7 Buchst a – Gesellschaftszweck eines Unternehmens, der im Verkauf von im Unternehmensregister eingetragener und allein zum Zweck ihres Verkaufs gegründeter Handelsgesellschaften besteht – Veräußerung durch Übertragung des Anteils des Unternehmens an der **Vorratsgesellschaft**

[18.01.2018, Rs C-249/15, Wind 1014 und Daell](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Art 56 AEUV – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Beschränkungen – Kraftfahrzeug, das von einer in einem Mitgliedstaat wohnhaften Person bei einer in einem anderen Mitgliedstaat ansässigen **Leasinggesellschaft** geleast wird – **Zulassungssteuer**, deren Höhe sich nach der Nutzungsdauer des Fahrzeugs richtet – Erforderlichkeit einer Genehmigung der Steuerbehörden vor der Inbetriebnahme – Rechtfertigung – Verhinderung einer Umgehung sowie der betrügerischen oder missbräuchlichen Anwendung der Steuervorschriften – Wahrung der **Steuerhoheit des Staates** – **Verhältnismäßigkeit**

[18.01.2018, Rs C-270/16, Ruiz Conejero](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Sozialpolitik** – Richtlinie 2000/78/EG – **Gleichbehandlung** in Beschäftigung und Beruf – Art 2 Abs 2 Buchst b Ziff i – **Verbot der Diskriminierung** wegen einer Behinderung – Nationale Rechtsvorschriften, nach denen ein Beschäftigter unter bestimmten Voraussetzungen wegen wiederkehrender, wenn auch gerechtfertigter Abwesenheiten vom Arbeitsplatz entlassen werden kann – Fehlzeiten des Arbeitnehmers aufgrund von Krankheiten, die auf seine Behinderung zurückzuführen sind – **Ungleichbehandlung** wegen einer Behinderung – Mittelbare Diskriminierung – Rechtfertigung – Bekämpfung von Absentismus am Arbeitsplatz – Angemessenheit – **Verhältnismäßigkeit**

[18.01.2018, Rs C-463/16, Stadion Amsterdam](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Steuerwesen** – Mehrwertsteuer – Richtlinie 77/388/EWG – Art 12 Abs 3 Buchst a Unterabs 3 – **Ermäßigter Mehrwertsteuersatz** – Anhang H Kategorie 7 – Einheitliche Leistung, die aus zwei separaten Bestandteilen besteht – Selektive Anwendung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf einen dieser Bestandteile – Besichtigungstour ‚World of Ajax‘ – Besuch des Museums des AFC Ajax

18.01.2018, Rs C-45/17, Jahin

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Freier Kapitalverkehr** – Art 63 und 65 AEUV – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 11 – Abgaben auf Einkünfte aus Kapital als Beitrag zur **Finanzierung der sozialen Sicherheit** eines Mitgliedstaats – Befreiung von Unionsbürgern, die in einem System der sozialen Sicherheit eines anderen Mitgliedstaats versichert sind – Natürliche Personen, die in einem System der sozialen Sicherheit eines Drittstaats versichert sind – Unterschiedliche Behandlung – **Beschränkung** – Rechtfertigung

18.01.2018, Rs C-58/17, INEOS

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Umwelt** – System für den **Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten** in der Europäischen Union – Richtlinie 2003/87/EG – Art 10a – Übergangsvorschriften zur Harmonisierung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten – Zeitraum 2013–2020 – Beschluss 2011/278/EU – Art 3 Buchst h – Begriff ‚Anlagenteil mit Prozessionsmissionen‘ – Emissionen aus der Verbrennung von unvollständig oxidiertem Kohlenstoff – **Flüssige Reststoffe** – Abschluss

B. SCHLUSSANTRÄGE

17.01.2018, Rs C-650/16, Bevola und Jens W Trock (GA Campos Sánchez-Bordona)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Körperschaftsteuer** – **Niederlassungsfreiheit** – Konsolidierte Konzerne – Steuerregelung, die gebietsansässigen Gesellschaften den Abzug der Verluste gebietsansässiger Betriebsstätten gestattet, für gebietsfremde Betriebsstätten diese Möglichkeit aber ausschließt, sofern nicht die Regelung für die **internationale gemeinsame Besteuerung** gewählt wird

18.01.2018, Rs C-528/16, Confédération paysanne ua (GA Bobek)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Umwelt** – **Landwirtschaft** – Richtlinien 2001/18/EG und 2002/53/EG – Auslegung und Gültigkeitsprüfung – Begriff ‚genetisch veränderte Organismen‘ – Gemeinsamer Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten – Neue Verfahren der **Mutagenese** unter Einsatz gentechnischer Verfahren – Zufällige und gezielte Mutagenese – Anwendungsbereich der Ausnahme – **Grad der Harmonisierung** – **Vorsorgegrundsatz**

18.01.2018, Rs C-633/16, Ernst & Young (GA Wahl)

Wettbewerb – **Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen** – Art 7 Abs 1 der Verordnung (EG) Nr 139/2004 – Pflicht, den Vollzug eines Zusammenschlusses aufzuschieben, bis dieser für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar erklärt wurde – **Kündigung eines Kooperationsvertrags** durch eines der am Zusammenschluss beteiligten Unternehmen

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

18.01.2018, Beschwerde Nr 48151/11, *Fédération Nationale des Syndicats Sportifs (FNASS) / Frankreich*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Privat- und Familienleben); **Verpflichtung** für Profisportler, ihren Aufenthaltsort Monate im Voraus den Doping-Fahndern bekanntzugeben; Beeinträchtigung des Privat- und Familienlebens der Sportler durch das **Doping-Kontroll-System**; Auflagen jedoch gerechtfertigt, da das Risiko von Doping ansonsten stark ansteigen würde und Profisportler eine Vorbildrolle einnehmen; **keine Verletzung** von **Art 8 EMRK**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.